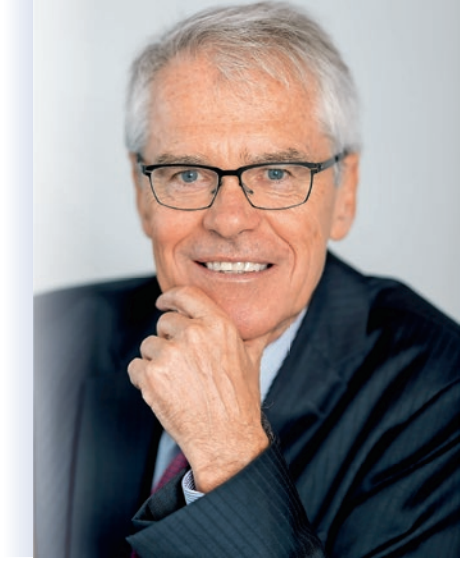


Im Blickpunkt

Von Dr. Heino Klingen



Demografie: Keine Entwarnung für das Saarland

Bleibt der Bevölkerungsrückgang in Deutschland aus? Haben wir uns unnötig Sorgen gemacht über die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft, steigende Renten- und Krankenkassenbeiträge sowie einen immer drückenderen Fachkräftemangel? Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man den aktuellen Demografiebericht der Bundesregierung liest. Danach bleibt die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahrzehnten bis 2060 in etwa auf dem heutigen Stand. Von einem Bevölkerungsrückgang auf – je nach Szenario – deutlich unter 70 Millionen ist trotz aller Unsicherheiten keine Rede mehr.

Damit könnte sich das Jahr 2017 einmal als das Wendejahr der demografischen Entwicklung in Deutschland herausstellen. Jedenfalls dann, wenn die Gründe für die Neueinschätzung der Demografie auch in den kommenden Jahren gültig bleiben: eine anhaltend hohe Nettozuwanderung von Migrantinnen und die leicht gestiegene Geburtenrate (vorwiegend ausländischer Frauen). Rekordzuwanderungen wie im Jahr 2015 sind in diesem Szenario nur als Einmaleffekt berücksichtigt. Sie dürften sich künftig ohnehin kaum wiederholen. Hat sich damit die demografische Herausforderung, über die in den vergangenen Jahren so viel geschrieben und gestritten wurde, erledigt? Nein! Und dies aus mehreren Gründen.

Erstens ist die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich. Während die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie die Boomregionen Bayern und Baden-Württemberg zum Teil deutliche – bis in den zweistelligen Prozentbereich gehende – Zugewinne

an Bevölkerung erwarten können, werden die ostdeutschen Länder und das Saarland (als einziges Westland) weiterhin stark schrumpfen. Zwischen diesen Polen gibt es noch eine dritte Gruppe mit den westdeutschen Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, wo die Bevölkerungszahl in den nächsten beiden Jahrzehnten mehr oder weniger unverändert bleiben wird. Bevölkerungspolitisch stellt sich Deutschland künftig also dreigeteilt dar, wobei innerhalb der einzelnen Länder und über alle Ländergruppen hinweg auch noch ausgesprochene Wanderungen in die Großstädte zu erwarten sind. Zweitens sollte die insgesamt erfreuliche Stabilisierung der Bevölkerungszahl nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Alterung der Gesellschaft auch künftig voranschreitet und damit das Erwerbspersonenpotenzial zurückgeht. Das trifft zwar alle Bundesländer, aber im Saarland fällt der Rückgang besonders stark aus. Gegenüber 2015 werden dem saarländischen Arbeitsmarkt im Jahr 2025 elf Prozent weniger Menschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren zur Verfügung stehen. Bis 2035 addiert sich der Verlust dann auf 24 Prozent. Das sind rund 145.000 Personen weniger als heute. Dahinter steckt vor allem die zunehmende Alterung der Babyboomer-Generation, deren jüngste Jahrgänge spätestens 2035 das Rentenalter erreichen. Trotz der zahlreichen Initiativen im Land zur Fachkräftesicherung kann deshalb noch keine Entwarnung gegeben werden (vgl. hierzu den Artikel „Personalengpässe beeinträchtigen zunehmend Geschäftstätigkeit der Saar-

wirtschaft“ in diesem Heft). Noch gravierender als der Fachkräftemangel sind – drittens – die Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft. Hier lauern die eigentlichen ökonomischen Herausforderungen der demografischen Entwicklung. Denn immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter müssen künftig immer mehr Junge und Ältere versorgen. Derzeit beträgt der sogenannte Abhängigkeitsquotient, der den Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahren und Älteren über 67 an der Erwerbsbevölkerung misst, im Saarland 58 Prozent. Er steigt bis 2035 auf 87 Prozent, so hoch wie in keinem anderen der alten Bundesländer. Je 100 Erwerbspersonen müssen dann für fast insgesamt 90 junge und ältere Menschen aufkommen. Das alles heißt: In Deutschland fällt der Bevölkerungsrückgang aus, aber die Probleme bleiben, insbesondere im Saarland. Wir dürfen deshalb nichts unversucht lassen, um Zuwanderungsland zu werden. Aus Sicht des Saarlandes ist es deshalb wünschenswert, dass sich die künftige Bundesregierung auf ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem oder australischem Vorbild verständigt. Hierzulande gilt es, die Standort-, Arbeits- und Lebensbedingungen weiter zu verbessern und im „Fachkräftebündnis Saar“ die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das im Land vorhandene Fachkräftepotenzial vollständig aktiviert wird. Nicht zuletzt sollte mit dem Saarland-Marketing weiterhin außerhalb unseres Landes für das Saarland geworben werden. Die Vollversammlung unserer IHK hat dafür auf ihrer letzten Sitzung grünes Licht gegeben und die dazu notwendigen Mittel bewilligt.